

Archiv

Bundes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

(4. FEB.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21881 - 33  
Fernschreiber 0296890

P/XIV/29 - 4. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Dortmund! "Stellvertretend für einen großen Teil des deutschen Volkes"	42
2 - 3	Auch Wien blickt nach Berlin Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	70
4 - 5	Abbau zugunsten der Privatindustrie ? Ministerworte, bahnamtliche Rechnungen und Entlassungen verwirren Öffentlichkeit	74
6	Für Berlin und Deutschland Der Regierende von Berlin auf Erkundungsfahrt	31
7	Das alte Lied - das alte Leid Seine Erinnerung	28

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Dortmund!

sp - Wenn gelegentlich in der Bundesrepublik gesagt wird, der jungen deutschen Demokratie fehle der "Elan von unten", um falsche "Entscheidungen von oben" zu korrigieren, so beweisen die Bevölkerung der Stadt Dortmund und ihr Stadtrat das Gegenteil. Dort brandet, über alle Parteien hinweg, die Welle der Empörung gegen die gefährliche Politik des Bundesverteidigungsministeriums an. Dortmund will im Ernstfall nicht Zielscheibe für die Raketengeschosse eines mutmaßlichen Gegners sein.

Die Stadt Dortmund und ihre Umgebung hat im zweiten Weltkrieg erfahren müssen, was es bedeutet, wenn in einem dichtbesiedelten Gebiet die "normalen" Bomben niedergehen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, was geschehen wird, wenn sich gerade in einem solchen Gebiet dem Gegner "strategische Ziele" anbieten.

Dies und nichts anderes haben Oberbürgermeister Keuning und sein Stadtdirektor Klient dem Bundesverteidigungsminister Strauß dargestellt. Strauß versuchte, diese beiden Männer, die in tiefer Sorge um das Schicksal ihrer Stadt zu ihm gekommen waren, mit nichtssagender Redensarten hinaushalten. Die kritische Raketeinheit soll auf dem Dortmunder Flugplatz Brakeel zunächst nur als "Friedensgarnison" stationiert werden.

Was das "zunächst bedeutet", weiß jeder hier in der Bundesrepublik. Mit Recht sagte OB Keuning im Anschluß an das Gespräch mit Strauß, nichts sei in der Bundesrepublik so dauerhaft wie ein Provisorium...

Am heutigen Mittwoch werden große Industriebetriebe Dortmunds und die Verkehrsbetriebe mit einem zehn Minuten dauernden Warnstreik die Regierung an ihr Versprechen und an ihre Verpflichtung erinnern, keine militärischen Einrichtungen dort hinzulegen, wo im Krieg eine besondere Gefahr für die Bevölkerung entstehen könnte.

Ob die Regierung in Bonn diesen Appell beachten wird?

Wer sich in diesen Tagen mit Bürgern Dortmunds unterhält, wird eine tiefe Erregung über die beabsichtigte Stationierung der britischen Raketeinheit feststellen können. Diese Erregung und die Einmütigkeit aller Parteien des Dortmunder Stadtrates sollte aber auch im Ausland nicht übersehen werden. Weder im Westen noch im Osten! Im Westen sollte man begreifen, daß unser Volk sehr mißtrauisch gegenüber jenen Vorstellungen geworden ist, die man jahrelang als "Politik der Stärke" bezeichnet hat; im Osten, daß nicht alle Bundesbürger gewillt sind, in den politischen und militärischen Vorstellungen eines Strauß der Weisheit letzten Schluß zu erblicken.

Wir sind gewiß, daß die Bevölkerung Dortmunds mit ihrem Stadtrat an der Spitze gerade in dieser Situation, in der alles zur Entwicklung einer neuen Politik in Europa drängt, durch ihr Verhalten stellvertretend für einen großen Teil des deutschen Volkes spricht.

### Auch Wien blickt nach Berlin

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die Berlin-Krise beschäftigt in zunehmendem Maße auch die österreichische Öffentlichkeit. Dies um so mehr als sich bislang noch keine brauchbare Möglichkeit einer Lösung des Problems erkennen läßt. Die Anmaßung des Ostens und die Konzeptlosigkeit des Westens, insbesondere Bonns, verursacht in Österreich nicht geringe Besorgnis über die weitere Entwicklung.

Wien blickt aber auch mit Bewunderung nach Berlin - wegen der inneren Festigkeit der Bewohner dieser exponierten Stadt gegenüber den Verlockungen und Drohungen des östlichen Totalitarismus. Das Ergebnis der jüngsten Wahlen in Berlin hat in Wien, wo es sowohl in der ersten wie auch in der zweiten Republik stets eine sozialistische Mehrheit gab, größte Freude und Genugtuung ausgelöst. Im Herbst dieses Jahres wird auch das Wiener Stadtparlament - der Landtag, der zugleich Gemeinderat ist - neu gewählt. "Berlin gibt uns ein Beispiel!" verkündeten die Sozialisten mit Stolz.

Die Sympathien gründen sich aber nicht allein auf das gemeinsame politische Bekenntnis, sondern ganz allgemein auch auf eine sich gegenseitig ergänzende Mentalität und auf das in vieler Belangen einander ähnliche Schicksal in der Zeit seit 1945. Als Österreich noch nicht frei war, hatten die Russen auch für Wien den Abzug aller Besatzungstruppen gefordert, um diese Stadt besser in ihren Griff zu bekommen.

Während nun offizielle Regierungsstellen mit Rücksicht auf die Neutralität des Landes zur Berlin-Frage nicht Stellung nehmen, beschäftigen sich die Österreicher um so aufgeschlossener damit. In zahlreichen Versammlungen der SPÖ wird gegenwärtig über Berlin referiert und diskutiert. Ebenso befaßt sich natürlich auch die österreichische Presse damit. So bringt zum Beispiel die sozialistische Wochenzeitung "Heute" unter dem Titel "Heute Berlin - morgen Wien" die Zukunft Berlins in unmittelbarem Zusammenhang mit der Zukunft Österreichs und Wien, indem sie feststellt: "Wenn die Sowjetunion beginnt, Verträge zu kündigen, gewinnt die Situation für Österreich auch unmittelbares Interesse, denn auch unser Staat lebt, ähnlich wie Berlin auf der Grundlage von Abkommen, die von den vier Großmächten beschlossen wurden." In einem anderen Artikel

4. Februar 1959

der gleichen Zeitung werden unverkohlen die Versäumnisse der offiziellen Bonner Politik angeprangert: "Jahrelang hatte man in der kleinen Hauptstadt hinter den Sieben Bergen wie dereinst in der Residenz eines deutschen Duodezfürsten gelebt. Die Laune des "Alten Herrn", des Bundeskanzlers Adenauer, war das Tagesgespräch. In dieser byzantinischen Atmosphäre war auch das Außenamt zur Sterilität verurteilt. Chruschtschows rauher Angriff hat nun die Bonner Treibhauspflanzen mit der harten Wirklichkeit konfrontiert."

Ähnliches berichtet auch die bürgerlich-unabhängige "Wochenpresse": "Allmählich beginnen die Politiker am Rhein aus den Illusionen ihrer Parlaments- und Versammlungsreden aufzuwachen und die sehr harte Realität zu sehen." Die katholische "Furche" kommt zu folgenden Erwägungen: "Hinter der entschlossenen Miene der westlichen Staatsräuber sollte sich eine konstruktive Denktätigkeit anbahnen. Auf lange Sicht muß ein Kompromiß mit dem Ostblock ausgearbeitet werden. Könnte dies nicht mit einer Neuorganisation Zentraleuropas verbunden werden, wozu der Rapacki-Plan als Anreger der Diskussion dienen könnte? Politisch ist ein Kompromiß durchführbar, was man am Beispiel Österreichs erkennen kann."

In einem Leitartikel der "Arbeiter-Zeitung", des Zentralorgans der SPD, vom 29. Januar wird zunächst erinnert: "Von den demokratischen Ländern, darunter auch von Österreich, wird die ostdeutsche kommunistische Regierung nicht anerkannt." Als Alternative wird sodann festgestellt: "Man muß sich entweder mit der Sowjetregierung verständigen oder die Einigung Deutschlands kommt vorläufig nicht zustande. Hier muß also verhandelt werden. In jedem Fall sind Verhandlungen notwendig, schon um festzustellen, was der Westen und was der Osten zu bieten bereit sind. Kein Ultimatum und keine Drohung können zu einer Lösung der Deutschlandfrage führen."

Nediglich das Leitblatt des österreichischen Bundeskanzlers, ÖVP-Obmannes und Adenauer-Freundes Julius Raab, die "Neue Tageszeitung" der ÖVP, empfiehlt Bonn "Kaltblütigkeit und eiserne Entschlossenheit", denn der sowjetische Vorstoß sei nichts weiter als ein "Schwächezeichen" und verlange eine "harte Sprache des deutschen Kanzlers". Die sowjetische Berlinoffensive wird als eine "russische Temperamentsache" gedeutet und durch folgende Feststellung verniedlicht: "Die Sowjets benötigen das Drohen wie den Wodka, ein grausamer Sport zwar, aber doch nur ein Sport." So die Bruderpartei der CDU. Es fehlt nur noch der redaktionelle Hinweis: Weitere Berichte über Berlin sind in der Sportrubrik zu finden.

### Abbau zugunsten der Privatindustrie

W. E. In Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen bei der Bundesbahn offenbart sich das ganze Dilemma dieses großen Unternehmens; denn hinter der Rationalisierung steht in erster Linie die Sorge vor dem Bankrott. In dieser Atmosphäre entstand dann auch der Beschluß des Bundesbahnpräsidenten Öttering, dem Verkehrsminister von Nordrheinwestfalen ein Redeverbot in den Ausbesserungswerken der Bahn zu erteilen. Die Ausbesserungswerke sind zur Zeit das Objekt des bahnaatlichen Sparstiftes. Hier soll Zug um Zug die Pelegrinerei abgebaut werden. Schwer betroffen von dieser Rechnung ist beispielsweise auch das Werk in Paderborn.

Es ist nicht leicht, das Knäuel der Argumente zu entwirren, aber der fatale Eindruck verstärkt sich immer mehr, daß beispielsweise bei der Dezimierung oder beabsichtigten Schließung einzelner Ausbesserungswerke Kalkulationen auch von anderer Seite (!) im Spiele sind, denen sich die Öffentlichkeit mit aller Entschiedenheit widersetzen sollte.

So sagte beispielsweise am letzten Wochenende der CDU-Landesminister Lauscher bei einem Besuch in Paderborn:

"Meine Herren, ich glaube einfach nicht, daß sie (Paderborner Ausbesserungswerke) billiger sind. Das wäre das erste Mal, daß ein staatlicher Betrieb billiger arbeitet als die Privatindustrie! Und außerdem kann und werde ich mich nicht in Gegensatz stellen zu der wirtschafts-politischen Auffassung der Bundesregierung und des Herrn Ministers Erhard."

Nach einer kleinen Pause fügte der CDU-Landesminister, verantwortlich für den Verkehr in seinem Land, hinzu:

"Das ist unser Prinzip: Wir wollen keine Regiebetriebe!"

Dies sagte der Landesminister, nachdem ihm vorgerechnet worden war, daß das Paderborner Waggonwerk im Vergleich zur privaten Waggonbau-Industrie wesentlich billiger arbeitet. Eine private Firma bot zu einem bestimmten Preis der Bundesbahn tausend Wagen an. Das Paderborner Werk lieferte zum gleichen Preis 237 Wagen mehr! Anhand dieser Vergleichszahl errechneten die Paderborner Eisenbahner, daß sie bei der Produktion von 10 000 Wagen in vier Jahren 35 Millionen DM einsparen würden. Weil man das Mißtrauen des Ministers und anderer einkalkulierte, wurde diese Rechnung dem Preisprüfungsamt

in München vorgelegt. Nach einer eingehenden Überprüfung sind diese  
Ziffern nachdrücklich bestätigt worden!

Warum also solche Ministertöne? Warum? Zum anderen: Warum zieht  
auch die Bundesbahn-Hauptverwaltung dennoch den Schluß, man müsse ein  
solches Werk wie das Paderborner nach und nach einfrieren lassen? Sind  
sich hier CDU und Bundesbahnpräsident einig, die noch rentablen Be-  
triebe der Privatindustrie zu opfern?

Vieles ist unbegreiflich. Das Geschäftsjahr 1958 bei der Bundes-  
bahn endete mit einem erneuten Minus, und zwar in Höhe von 630 Milli-  
onen Mark. Dabei hatten der Bundesbahnpräsident und die Bundesregie-  
rung vor einem Jahr feierlich versichert, die damals bevorstehende all-  
gemeine Fahrpreiserhöhung werde zum Finanzausgleich beitragen. Tatsache  
aber ist, daß wenige Monate nach der Erhöhung im Jahre 1958 der Perso-  
nenverkehr fühlbar nachließ, daß die Zahl der Reisenden um sechs Pro-  
zent zurückging, daß selbst der Berufsverkehr empfindliche Einbußen mel-  
dete, daß der Verkauf an Sonntagerückfahrkarten auch Verluste hat und  
daß i. d. Güterverkehr ebenso auf erhebliche Einnahmen verzichtet werden  
mußte.

Im gleichen Atemzug nennt aber Professor Götterding beispielweise  
die Elektrifizierung allerlei Eisenbahnstrecken, ohne dafür das Geld zu  
besitzen, und zum gleichen Punkt des Staunens gehört auch der Wirtschafts-  
plan der Bundesbahn überhaupt. Entgegen dringenden Vorstellungen wurden  
im Bundeshaushalt die angeforderten Mittel der Bundesbahn fast um ein  
Drittel, das sind viele, viele Millionen, gekürzt.

Wer versteht da noch den Sinn aller Aktionen? Der Landesminister  
erhält Redeverbot für alle Eisenbahnwerke, der Bundesverkehrsminister  
schweigt permanent, und die Bundesbahn spart hier, spart da, um auf der  
anderen Seite gigantische Zukunftspläne auszuarbeiten und erklärt: "Mas-  
senentlassungen kommen nicht infrage!"

Demgegenüber steht wiederum die Tatsache, daß Anfang dieses Jahres  
trotz Verkürzung der Arbeitszeit bei der Bundesbahn nahezu 11000 Kräfte  
weniger beschäftigt sind, als im vorhergegangenen Geschäftsjahr. Und  
während man sagt, die Modernisierung der Bahn gehe trotz aller "be-  
triebsfremden Unkosten" weiter, stellen die Prüfer fest, daß für den  
elementaren Schutz menschlichen Lebens längst nicht alles getan wurde.  
An 19500 (!) Bahnübergängen von 38 000 fehlt noch immer jegliche tech-  
nische Sicherung!

Sollte man noch glauben, hier würde geplant? Oder aber handelt  
es sich hier um ein "planmäßiges Durcheinander"? + + + - 6 -

Für Berlin und Deutschland

sp - Die gastfreundlichen Amerikaner und Kanadier bereiten sich auf einen ausserordentlichen Empfang vor, er gilt dem Regierenden von Berlin, Willy Brandt. Der Nachfolger des unvergessenen Ernst Reuter kommt nicht als Unbekannter, als handelnde Persönlichkeit in derzeit gefährlichsten Krisenherd kommt seinem Wirken weltweite Bedeutung zu. Berlin steht heute im Brennpunkt internationaler Spannungen, West und Ost reiben sich auf seinem Boden, an seinem Schicksal entscheidet sich das Schicksal Deutschlands.

Der 45-jährige Willy Brandt geniesst nicht nur das Vertrauen der Westberliner, er hat, seit er an der Spitze dieser stets gefährdeten Stadt steht, als einer der Repräsentanten der neuen deutschen Demokratie sich ein moralisches Kapital erworben, das auch dem deutschen Volk zu Suche schlägt. Sein Wort hat Gewicht. Die Welt respektiert ihn als eine Persönlichkeit eigener Prägung.

Die Erkundungsfahrt des Regierenden gilt nicht nur für Berlin allein. Willy Brandt kommt nach den Vereinigten Staaten und nach Kanada als ein gern gesehener Botschafter, dessen Rat Beachtung findet. Er wurde für würdig gehalten, die Festrede zum 150. Geburtstag Abraham Lincolns zu halten, jenes grossen amerikanischen Präsidenten, der den Grundstein zum modernen Amerika legte und dessen Geist unverwischbare Spuren hinterlassen hat. Diese ungewöhnliche Auszeichnung kam bisher nur wenigen zugute, sie ist eine Verbeugung vor dem Regierenden von Berlin und der Sache, der er dient: der Erhaltung der Demokratie und der Freiheit als ein unverzichtbares Postulat.

Willy Brandt wird mit vielen bedeutenden Männern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Vereinigten Staaten und Kanadas zusammenkommen und ihnen seine Sorgen, die auch unser aller Sorgen sind, kundtun. Viele Wünsche werden ihn auf dieser Reise begleiten, knüpft sich doch daran die Hoffnung, dass es ihm gelingen möge, eine Lösung für Berlin und Deutschland mit herbeizuführen, die den Konflikt um Berlin die Schärfe nimmt, den Frieden in der Welt erhält und der Entspannung dient.

Das alte Lied - das alte Leid

Jn. Wer in der Schule Latein lernte, dem blieb auch jenes Sprichwort nicht erspart, nach dem sich die Zeiten ändern und die Menschen mit ihnen. Bei Betrachtungen über die heutige Politik wird man allerdings zu der Annahme bewegt, ob sie - die Politik - nicht dieses uralte Sprichwort geradezu widerlege. Was zum Beispiel würde geschehen, wenn im Deutschen Bundestag ein Redner folgendes ausführen würde:

"Tatsächlich werden fortgesetzt Millionen über Millionen buchstäblich ins Wasser geworfen (hier wäre der Zwischenruf "Starfighter" von der SPD einzufügen!). Ich meine, diese fortgesetzten, sich notwendig immer mehr steigenden Rüstungen, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa machen muss, sollten schliesslich doch ... bei den Regierungen Europas die Frage auftauchen lassen, ob man nicht auf dem Wege freier Vereinbarungen dazu kommen könnte, diesem ganzen Treiben ein Ende zu machen. Ich meine, diese Frage müsste durch die Erscheinungen, unter denen jedes Land ohne Ausnahme auf das Schwerste leidet, mehr und mehr in den Vordergrund gestellt werden."

Solche Sätze würden vielleicht den Widerspruch der Mehrheit des Hauses hervorrufen, aber doch wohl kaum als ungewöhnlich oder antiquiert angesehen werden.

Dabei sind sie uralte. August Bebel sprach sie in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag am 27. November 1893.

Damals hörte man nicht auf die Warnung der SPD. Der erste Weltkrieg folgte.

Und heute...?

+ + +